177. Was versteht der §. 166 St.G.B.'s unter „Einrichtungen“ einer der christlichen Kirchen oder anderer mit Korporationsrechten innerhalb des Bundesgebietes bestehender Religionsgesellschaften?
St.G.B. §. 166.

I. Straffenat. Urtr. v. 8. November 1880 g. H. Rep. 2707/80.

I. Landgericht Münster.

Aus den Gründen:

„Der Angeklagte, welcher wegen eines Vergehens gegen die Religion im Sinne des §. 166 St.G.B.'s verurteilt worden ist, stützt seine Revision auf die Behauptung, daß der §. 166 St.G.B.'s durch unrichtige Anwendung verletzt worden sei.

Diese Rüge ist nicht begründet.

Die Vorinstanz hat festgestellt, „der Angeklagte habe in einem Wirtshause in Gegenwart mehrerer Personen geäußert: Das Dogma von der unbefleckten Empfängnis Mariä wäre Unsinn; die Jungfrau Maria wäre nicht unbeflecker, als jedes Ehepaar; die Kinder würden den Frauen nicht vom Winde angeweht; die Mutter Gottes habe sich gerade so bögeln lassen.“

Das Landgericht hat sodann weiter ausgeführt, „strafbar sei diese Äußerung, wenn sie die Beschimpfung eines Gebrauches oder einer Einrichtung einer der christlichen Kirchen, nicht aber, wenn sie die Beschimpfung einer Lehre als solche enthalte, wobei allerdings zu prüfen bleibe, inwiefern die Beschimpfung einer Lehre die Beschimpfung einer Einrichtung oder eines Gebrauches enthalte; das Gericht habe angenommen, daß die Äußerung des Angeklagten, neben der offenbar vorliegenden Beschimpfung der Lehre von der Göttlichkeit Christi, eine Beschimpfung der Einrichtung des Marienkultus in der katholischen Kirche und der Christusverehrung beider christlichen Kirchen und nicht bloß eine zulässige Kritik von religiösen Lehren enthalte.“

Mit Unrecht macht der Beschwerdeführer geltend, daß die Vorinstanz irrtümlich die Beschimpfung von kirchlichen Einrichtungen angenommen habe, während nur die Kritik einer kirchlichen Lehre vorliege.

Es ist zwar die in §. 163 des Entwurfes des Strafgesetzbuches vorgeschlagene Bestimmung, daß auch die Beschimpfung der Lehren einer der christlichen Kirchen zu bestraft werden solle, vom Reichstage abgelehnt worden und zufolge dessen in den §. 166 St.G.B.'s nicht übergegangen. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die ausgeschiedenen „Lehren“ an sich nicht mit den Einrichtungen jener Kirchen identifiziert werden dürfen, daß vielmehr diese letzteren auf bestimmte äußerliche Einrichtungen beschränkt werden müssen.

Allein eine unrichtige Auffassung des Gesetzes ist im vorliegenden Falle nicht ersichtlich. Denn das Gericht hat die Verurteilung darauf gestützt, daß die Beschimpfung von, wenn auch auf kirchlichen Lehren beruhenden, äußerlichen kirchlichen Einrichtungen, nämlich des Marienkultus und der Christusverehrung, vorliege. Diese thatsächliche Annahme, welche als solche nicht angefochten werden kann, ist rechtlich nicht zu beanstanden.“